

# B e s c h l u s s

aus der Niederschrift einer Sitzung des Rates

am Dienstag, 19.09.2023, 15:00 Uhr,

im großen Sitzungssaal des Rathauses, 46236 Bottrop

- Nr. 4 /2023 -

## A) Öffentliche Sitzung

3

Zuständigkeit:

Antrag der AfD-Ratsfraktion auf Nichtanwendung der "Gendersprache"

### **Abstimmungsergebnis:**

mit 4 Stimmen (4 AfD) dafür und 46 Stimmen (20 SPD, 11 CDU, 1 OB, 6 B`90/Grüne, 2 DKP, 2 Die Linke, 2 ÖDP, 2 FDP) dagegen abgelehnt

### **Erläuterungen:**

**Ratsherr Engels** erläutert, dass das Gendern nicht zur deutschen Sprache gehöre, wie auch die höchste Instanz, der deutsche Rechtschreibrat, bestätigt habe. Dessen Einschätzung habe dazu geführt, heute den Antrag einzubringen. Der Rechtschreibrat sei 2004 installiert worden, um den Rechtschreibfrieden wiederherzustellen, wodurch etliche Änderungen der Rechtschreibreform wieder zurückgenommen worden seien. Die so gefundene Kompromisschreibung sei in Deutschland rechtlich bindend, insbesondere müssten alle Schriftstücke der öffentlichen Verwaltung in ihr verfasst sein. Es gebe genug Beispiele, wo das Gendern nicht für Gleichberechtigung Sorge, sondern eher diskriminiere oder die Errungenschaften von Frauen reduziere. Werde eine Schauspielerin als eine der wichtigsten Schauspielerinnen benannt, sei das ein kleineres Lob als zu sagen, sie sei eine der wichtigsten Schauspieler. Denn mit „Schauspieler“ würden die biologisch männlichen Schauspieler ebenfalls als Vergleichsobjekt herangezogen. Sprache habe sich schon immer gewandelt. Aber die aktuelle Entwicklung sei eine künstlich erzeugte Veränderung, mit der normale Bürger nichts anfangen könnten.

Damit die Ratsmitglieder ideologisch frei und ohne Fraktionszwang über den Antrag abstimmen könnten, beantragt Ratsherr Engels eine geheime Abstimmung.

**Ratsfrau Swoboda** führt auf, was die Menschen derzeit wirklich beschäftige. Es gebe den andauernden Angriffskrieg in der Ukraine, die verheerenden Auswirkungen der Klimakatastrophe, das Leid der Flüchtenden, die hohe Inflationsrate und vieles mehr. Darum müssten sich alle Parlamente und Gremien kümmern. Das sei wichtig, nicht der vorliegende Antrag der AfD-Ratsfraktion. Damit vergeude Ratsherr Engels die Zeit des gesamten Stadtrates. Seine Partei sei die einzige, die das Thema hochhalte, auch in den sozialen Netzwerken. Sie rede von Gender-Zwängen, aber keiner zwingt sie. Sie rede von Verboten, doch die einzigen, die die braune Verbotsscheule schwingen, sei die Nazi-Partei des Ratsherrn Engels. Laut Antrag solle die Stadtverwaltung die sogenannte Gendersprache weder schriftlich noch mündlich zur Anwendung bringen. Dieser Forderung widerspreche sie in jeglicher Form. Der Antrag sei nicht nur deplatziert,

sondern auch inhaltlich komplett falsch. Weder sie noch die Stadtverwaltung ließen sich ihre Sprache der Vielfalt von einer Nazi-Partei verbieten. Das habe diese schon erfolglos in Thüringen und auch im Bundestag versucht. Die Menschen redeten so, wie sie reden wollten. Eine Verbotspartei, wie die AfD, brauche kein Mensch.

**Ratsfrau Dominas** zitiert den Sprachphilosophen Ludwig Wittgenstein mit den Worten „Die Grenzen meiner Sprache sind die Grenzen meiner Welt“. Er empfehle zur Erweiterung des Horizonts, möglichst viele Sprachen zu lernen. Nach Wilhelm von Humboldt sei Sprache der Schlüssel zur Welt und das bildende Organ des Gedankens. Sprache sei nichts Totes, sondern stets wandelbar. Das beschworene generische Maskulin habe gut in eine Zeit gepasst, in der die Männer vornehmlich das Sagen gehabt hätten. Es habe eine gesellschaftliche Realität des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts abgebildet. Wenn heute über gendergerechte Sprache geredet werde, drücke dies das Bedürfnis der anderen Hälfte der Menschheit aus, gesehen, gehört und auch benannt zu werden. Das sei das eigentlich Entscheidende. Gendergerechte Sprache könne manchmal sperrig wirken oder lustig sein. Sie sei auch nach den heute geltenden Regeln der Rechtschreibung falsch. Aber Sprache entwickle sich weiter, ob das einem passe oder nicht. Daran würden Verbote nichts ändern. Es sei zu befürchten, dass die Menschen, die Worte verböten, am Ende diejenigen seien, die Bücher verbrennen würden. Ihre Ratsgruppe werde den Antrag im Namen von Humanismus und Demokratie ablehnen.

**Ratsherr Hermens** macht darauf aufmerksam, dass der Rat der Stadt vor nicht ganz einem Jahr eine überarbeitete Hauptsatzung beschlossen habe, in der nun auch die jeweils weibliche Form genannt werde, bspw. Oberbürgermeisterin, Bezirksvertreterin oder Stellvertreterin. Niemand sei verpflichtet worden zu gendern. Wenn die Mitglieder der AfD tatsächlich so große Demokraten seien, wie sie zu sagen pflegten, dann sollten sie den demokratisch gefassten Beschluss auch akzeptieren. Der vorliegende Antrag sei am 23.06.2022 schon einmal gestellt worden, allerdings im Stadtrat Gelsenkirchen. Der Antrag habe, wie heute auch, keinen kommunalpolitischen Bezug und erst recht keine Dringlichkeit besessen. Er sei nur Teil einer großen Inszenierung der AfD gewesen. Er stelle sich die Frage, warum die Bottroper AfD fünfzehn Monate benötigte, um den Antrag fast wortgleich zu übernehmen und im Bottroper Stadtrat zu stellen. In der Begründung werde die Frage aufgeworfen, ob gegenderte Gesetzestexte überhaupt gültig seien. Da der Rat der Stadt Bottrop keine Gesetze verfasse, sei der Antrag auch aus diesem Grunde hier fehl am Platz. Spannend sei ebenfalls, dass die Bottroper AfD-Ratsfraktion einen Unterpunkt des Gelsenkirchener Antrages weggelassen habe. Darin habe gestanden, dass die Gendersprache ein Angriff auf die Deutungshoheit des geschriebenen und gesprochenen Wortes jedes Einzelnen und somit auch ein Angriff auf die Meinungsfreiheit sei. Diese Aussage sei wohl selbst für die Bottroper AfD zu peinlich gewesen, um sie hier zu wiederholen. Zumal am Ende der Antragsbegründung gestanden habe, dass sich laut einer Umfrage unter den männlichen Mitgliedern der Gelsenkirchener AfD-Ratsfraktion niemand dadurch diskriminiert fühle, dass so gut wie alle negativ besetzten Begriffe im Deutschen grammatikalisch männlichen Geschlechts seien. Zusammenfassend rate Ratsherr Hermens der Bottrop AfD-Ratsfraktion, nicht erst fünfzehn Monate zu warten, wenn sie schon Anträge anderer übernehme, Anträge zu stellen, die tatsächlich das Leben der Menschen in der Stadt verbesserten, Anträge nicht zu kopieren, für die sich selbst schämten, und vielleicht besser selbst Anträge zu schreiben. Wenn sie das nicht könne, solle sie sich selbst und dem Rest der Stadt ihren Rechtspopulismus und Nonsens ersparen. Er frage sich, ob die AfD den Stil aus peinlichen Anträgen, unerträglichen Hetzreden um sinnfreien Geschäftsordnungsdebatten aus Gelsenkirchen hierher importieren wolle oder ob es sich dabei um einen einmaligen Ausrutscher gehandelt habe. Die Bottroper AfD-Ratsfraktion müsse sich auf eine wehrhafte demokratische Bottroper Stadtgesellschaft einstellen, die sich derartiges nicht bieten lasse.

**Ratsfrau Bobrzik** erklärt, dass sie heute eigentlich nichts hätte zu dem Tagesordnungspunkt sagen wollen. Außerdem hätte sie sich gewünscht, dass auch die anderen Parteien der AfD keine Tribüne geben würden, sondern einfach den unsinnigen Antrag negierten. Ihr werde speiübel, wenn sie nur Faschismus und AfD höre. Sie habe der Partei verboten, sie zu grüßen oder ihren Namen zu nennen. Heutzutage werde über den Ukraine-Krieg gesprochen. Aber darüber sollte nicht der unselige Krieg vergessen werden, der eine schlimme Verwüstung hinterlassen habe durch die Bestie des Faschismus mit dem Holocaust. Das habe auch ihre Familie betroffen. Es sei bedauerlich, dass die Ratsmitglieder sich heute mit diesem dummen, blöden, inhaltslosen, leeren Antrag der AfD beschäftigen müssten.

**Ratsherr Engels** teilt an Ratsfrau Swoboda gewandt mit, dass er zwar nicht gezwungen werde, die Gendersprache zu benutzen. Dennoch müsse er den Unsinn lesen. Das wolle er einfach nicht. Er schätze die Stadtverwaltung, vermute aber, dass die kleinen Rädchen in ihr froh wären, Schriftstücke nicht in der Gender-Sprache verfassen zu müssen. An Ratsherrn Hermens gewandt erklärt er, dass dessen Unterstellungen Unsinn seien. Erst die erneute Entscheidung des Rechtschreibrates am 14.07.2023 habe seine Ratsfraktion veranlasst, den Antrag hier zu stellen. Dass für die Begründung Teile des Gelsenkirchener Antrages übernommen worden seien, sei nichts Schlimmes. Die Umfrage unter den männlichen Mitgliedern der Gelsenkirchener AfD-Ratsfraktion sollte mit Humor genommen werden, weil sie als Witz gedacht gewesen sei. Die DKP werfe seiner Ratsfraktion immer Faschismus vor, wobei die DKP selbst ein glühender Fanatiker des Kommunismus sei. Der sei aber ähnlicher Mist gewesen, wie der Faschismus im Dritten Reich. Seine Ratsfraktion verachte die Sachen, die im Dritten Reich passiert seien. Die DKP unterstelle ihr nur immer, dass sie das ganz toll gefunden hätte. Das sei aber nicht so. Dagegen liebe die DKP den Kommunismus mit all den Toten, die er hervorgebracht habe.

**Ratsherr Schmidt** ist der Ansicht, dass es ein starkes Stück und wirklich befremdlich sei, wenn Ratsherr Engels in einer Ratssitzung die Singularität des Hitler-Faschismus und des Holocaust in Zweifel ziehe und die These in den Raume stelle, dass alles irgendwie das Gleiche sei.

**Oberbürgermeister Tischler** macht Ratsherrn Engels darauf aufmerksam, dass der Antrag auf geheime Abstimmung nach der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt ein Quorum von einem Fünftel benötige. Bei fünfzig Anwesenden müssten mindestens zehn Personen dafür sein.

Da Ratsherr Engels seinen Antrag trotzdem aufrechterhalten möchte, stellt Oberbürgermeister Tischler diesen zur Abstimmung.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Für den Antrag auf geheime Abstimmung gibt es 4 Stimmen (4 AfD) und 46 dagegen (20 SPD, 11 CDU, 6 B'90/Grüne, 2 ÖDP, 2 FDP, 2 DKP, 2 Die Linke, 1 OB). Der Antrag ist damit abgelehnt.

Anschließend lässt er über den gesamten Antrag der AfD-Ratsfraktion entscheiden.